Communal-Correspondenz

STIEFENHOFER.

Herausgeber und Redacteur **Rudolf Stiefenhofer**

VIII. Josefstädterstrasse 32.

7. Jahrgang. *Druck von Rud. Stiefenhofer.*

132

№ 77

Wien, Dienstag 6. April.

Wiener Stadtrath.

Sitzung vom 6. April 1897

Vorsitzender V. L. Dr. Neumayer.

RR. Dr. Kraus bringt zur Kenntniss, dass seitens der Gesellschaft der Musikfreunde das Ersuchen gestellt wurde, dass für die sterblichen Überreste des Componisten Johannes Brahms ein Ehrengrab bewilligt werde und dass V. L. Dr. Lueger diesen Ansuchen mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtrathes Folge gegeben habe. Der Referent beantragt, dieser Widmung des gefertigten Ehrenbürgers, welcher die Zustimmung zu ertheilen. (Einstimmig ang.)

RR. Müller referirt über das vom Magistrat vorgelegte Projekt für die Errichtung eines Wasserreservoirs auf der städtischen Realität Leopoldstadt Obere Donaustrasse 14/16 für die Bezirke I, II, VII und IX. Nach diesem Projekte sollen Stallungen für 112 Paar Pferde, eine Schmiede, Flugdächer etc. daselbst erbaut werden. Die Kosten hiefür, sowie für Erdaufgrabungen beziffern sich mit ca. 128.000 fl, wovon 112.000 fl auf Hochbauten entfallen sollen. Zur Wagenaufstellung sollen die vor dieser Realität befindlichen, derzeit als Gartenanlagen bezw. als Reinlagerdepot Verwendung findenden Plätze benützt werden. Der Referent nimmt insbesondere gegen die Einziehung eines derzeit dem öffentlichen Verkehre dienenden Platzes Stellung und hält es für unzweckmässig, dass dieses Depot auch für entfernter gelegene Bezirke dienen soll. Der Magistrat sei deshalb zu beauftragen, nunmehr ein Projekt vorzulegen, wonach das Depot nur für den 1. und 2. Bezirk dienen soll und Plätze ausserhalb der oben genannten Realität nicht Verwendung finden sollen.

RR. Eigner, welcher als Berichterstatter der Berathung zugezogen war, spricht für die Annahme des Magistratsantrages, um in Angelegenheit der Ausdehnung der eigenen Regie wieder einen entscheidenden Schritt vorwärts zu thun. Für den 1, 2. und 9. Bezirk kann ganz gut ein Depot ausreichen. Ob der Platz auch für den 8. Bezirk ausreichen wird, bezweifle er, jedoch wird dies die Erfahrung lehren. Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag angenommen.

RR. Braun beantragt die Conferenz zum H. Laurenz in Simmering vom Verein das H. Vincenz v. Paul wie alljährlich eine Subvention von 200 fl pro 1896 zu bewilligen. (Ang.)

RR. Dr. Kraus beantragt das Übereinkommen mit dem K. u. K. Obersthofmeisteramte zu genehmigen, wonach die Einfriedung der Holzschlägerungen, Jungwüchse und Forstculturen des Ebersdorfer Fondsgutes zur Sicherung gegen Wildschäden vom 1. März 1897 an seitens dieses Hofamtes besorgt werden wird. (Ang.)

RR. Wessely beantragt die aufgelaufenen Mehrkosten für die Errichtung der Lei-

raulocalitäten im städt. Lagerhause per 3.064 fl 86 kr zu genehmigen. (Ang.)

Die Grundentschädigung für die beim Hause 6. Lg. Elisabethgasse 33 zur Strasse abzutretende ~~Da~~ Fläche per 30·79 Quadratmeter wird mit 20 fl per Quadratmeter festgesetzt.

HR. Rissmann referirt über das Projekt der Regulirung zwischen der Himbergerstrasse und dem Quellengelände und beantragt mit Rücksicht darauf, dass dort grosse Kulibeige Chaussee eingelegt werden müssen, die Bepflanzung erst nach diesen Rohrlegungen vorzunehmen. (Ang.)

Die zwischen der Kalsheim- und der Lehmgasse projektirte zweite östliche Parallelstrasse zur Himbergerstrasse im 10. Bezirk wird aus Eigentumsgründen aufgelassen.

HR. Dr. Deutschmann beantragt, die Häuser Nr 11 und 13 Johannesgasse in der inneren Stadt, welche der Goldberger'schen Stiftung gehören und in die projektirte verlängerte Akademiestrasse fallen, um den Kaufpreis von 150.000 fl zu erwerben. Die Eigenthümerübergabe soll mit 1. Mai l. J. erfolgen.

Über Antrag des HRs. Trichet wird das Projekt für Kanalbauten in der Franzensteinerstrasse und der Hernalsergasse sowie in der Grüngasse daselbst, dann in der Selbigergasse und Baumgartnerstrasse im 13. Bezirk mit dem Kostenerforderniss von 18.143 fl genehmigt.

HR. Tomola bringt einen Erlass des Landesschulrathes vom 5. März l. J. zur Kenntniss, wonach nämlich vom Bezirksschulrath bis zum 31. Jänner l. J. in Verwendung genommene Lehrpersonen als provisorische Unterlehrer, bezw. Unterlehrerinnen, selbst wenn auch ein Probejahr vorliegt, mit der gesetzlichen Remuneration von 400 bezw. 600 fl bestellt werden. Demnach kann von der im Erlass vom 29. Jänner l. J. angeordneten besonderen Einreihung der neuen Anstellungen ~~werden~~. Doch hat der Bezirksschulrath sämmtliche diesen Lehrpersonen ordnungsmässig Bestellungsdecrete mit genauer Angabe der Höhe ihrer Remuneration bezw. der Modalität einer etwa allfälligen Steigerung dieser Remuneration auszufertigen. Ferner hat der Bezirksschulrath sofort Vorsorge zu treffen, damit vom Beginn des Schuljahres 1897/98 jeder provisorische Unterlehrer im Status einer öffentlichen Volksschule eingereiht erscheint, in welchem diese Lehrpersonen ohne Rücksicht auf zeitweilige Verwendung in den, deren Schulen inzwischen zu führen sind, bis sie auf Grund eines besonderen Bestellungsdecretes für eine andere Lehrstelle ausdrücklich genannt werden. Die Abänderung des Institutionsformales steht bei dem Landesschulrath in Verhandlung und werden die diesbezüglichen Erlässe seinerzeit dem Magistrat bekannt gegeben werden.

oft unmittelbar aus großer Aufregung und zu Gottesdienst bei Völkerfest, doch will dieser Beginn in Bezug auf Organisation und öffentlichen Apotheken ganz exceptionell bewältigt werden. Das Getreiben wird auf die unmittelbare Nähe des Pr. Armen Kinderhauses, der Allg. Krankenhäuser, der Poliklinik, des Marien-Theresien-Frauenhospitals beschränkt. In diesem Bezirke werden den Ärzten noch die Apotheken ganz durchschnittlich gleich von Kranken gefüllt, wie dieses im andern Bezirken der Fall ist. Es muß der Vorschlag, beider Seiten zeitig zu Ende bringen einen neuen Apotheker in 8. Bez. Dieselbe so zu stützen, ob sie beiden Bezirken zugute kommt und dadurch lebensfähig wird.

Sodann empfiehlt der Ausschuß nur folgende Punkte Neuerrichtungen:

Im 10. Bez. Apotheker Bezirk oder Riccardbrunngasse – Verbindung der Laxenburgerstraße.

Im 12. Bez. Meidlingerhauptstraße zwischen Schönbrunner und Hetzgasse rechtsseitig.

Im 17. Bez. Alserbach Spitalgasse.

Im 16. Bez. am Gaisberg.

Im 18. Bez. eine Apotheker mit Standort Währingerstraße Währingerstraße, Angarten Gymnasiumgasse – Pötzleinsdorfstraße und Gristal.

Es ist wünschenswert, es scheint es die Standorte selbst nicht bestimmen, weil es unmöglich ist dortkommt, sodann ganz Auch eine Standort-Verlegung sich eine einbrechen.

Interessant ist ferner Statistik welche das vorliegende Gutachten über die Entwicklung der Gremien und Vorsteher Conferenz vom Jahre 1905 erbringt. Es zeigt sich, wie hier Wien die Abteilungsapotheken und Filialapotheken mit, so haben wir in Wien bei einer Einwohnerzahl von 1,364,548 Personen 103 öffentliche, filialen Apotheken, 12 Filialen und 4 Abteilungsapotheken und 2 Garnisonsapotheken, zusammen also 122 Apotheken d.i. eine Apotheke auf 11.185 Einwohner. Dagegen: Berlin mit 11.600, Breslau mit 13.000, Dresden mit 13000, Leipzig mit 12000, Köln mit 11.700, Magdeburg mit 13400, Frankfurt a.M. mit 12000, Hannover mit 11600 Einwohner auf eine Apotheke. Es wird aber doch kaum Jemand einfallen, geben der behaupten wollte, es die Wiener Vorstadtbevölkerung, d.i. die oder angegliederten Bezirke wohlhabender ~~Bevölkerung~~ weitaus günstiger sei, als die Bezirke wohnender Reichen!"

Das Gutachten schließt mit folgendem wörtlichen Passus:

„Endlich ist ein wichtiges Moment bei Beurteilung der Frage der Apothekenbewachung aber auch die Tatsache, daß der Beruf

Die Versorgung der Apotheken in Wien.

In der heutigen Stadtrathssitzung referirte StR. v. Kramer über die von StR. Blumenau durch den Antrag vom 14. Januar d. J. angeregte Stellungnahme zur Frage der Errichtung von weiteren neuen Apotheken in Wien. Der Gutachten der Wiener Apotheker-Hauptgenossenschaft vom 16. Februar 1897 zur Kenntniss.

Dieses Gutachten nimmt in seiner Einleitung Bezug auf den Planarbeschluss des Wiener Magistrats vom 19. Sept. 1894 auf Errichtung von 15 neuen Apotheken, von denen 4 unterdessen fort, eine in der Inneren Stadt und eine in der Leopoldstadt und eine in der Döbling genehmigt wurden. Nach dem damaligen Magistratsbeschluss über Antrag des Referenten sollen: fort im 2. Bezirk, je eine im 3. 5. 8. 10. 12. 13. 14. 17. und 18. Bezirke und je zwei im 16. und 19. Bezirke.

Das Gutachten sagt nun: Würde dieser Beschluss in vollem Umfange durch die Behörden sanctionirt, so würden nicht nur viele schon bestehende Apotheken in ihrer Existenz bedroht, sondern auch den so neu geschaffenen Apotheken keine Möglichkeit geboten, auf erlaubtem Gebiete mit erlaubtem Erfolge eine gesicherte Existenz für den neuen Besitzer zu gewinnen..... Eingehend verfolgt das Gutachten den Planarbeschluss des wohllöblichen Magistrats und glaubt darzulegen, dass heute noch nicht möglich ist, die 3. Bez. eine neue Apotheke zu bewilligen, es dürfte vielleicht in einiger Zeit in der Favoritenstrasse von der Löbelgasse aufwärts bis das Bedürfniss nach einer Apotheke geltend machen und dann reifen zeitgemäß sein – heute ist dies noch nicht der Fall.

Im 5. Bez. sind die Apotheken in Folge der Annäherung der Einwohnerzahl nicht gleichmäßig verteilt und die entlegenen Theile einer Apotheke entbehren. Im 8. Bez. wird der Bau der Josefstädter Kaserne und der Neubau der Josefstädter Apotheke entsprechend zu machen.

Im 8. Bez. und 17. Bez. ist formalen absolut kein Bedürfniss, nicht für eine neue Apotheke vorhanden. Im 8. Bez. findet gegenwärtig durch zahlreiche Neubauten und ältere Häuser ein förmliche Auswanderung statt, und wenn auch zahlreiche Neubauten entstehen, so sind dieselben in selbstständigen Besitzverhältnissen und bis vielleicht in einigen Jahren ein Überblick über die total veränderten Wohnungsverhältnisse halten und dann ein geeigneter Platz für eine neue Apotheke im 8. Bez. der richtige Ort sein. – Im 17. Bez. hat

mit nach organisiren in der legislativen ritualer Behandlung begriffen ist. Die Gründe hierfür sind vor allem die wiederum rein prozessualisch-rechtstechnischen Bedenken, welche wenig Aussicht auf die Legalisirung für gute Werke der Einfluss der Gegner."

Bei Besprechung dieses Gegenstandes beantragt Hr. Pfrofel an die Regierung mit einer Petition um Freigebung des Agitationsorganisators heranzutreten. Dieselbe nimmt auch gegen den gleichen neuen Rightwirk Stellung. Die Hr. Heinbeck, Dr. Fischer, Tomola und Weitmann sprechen sich für eine ausgiebige Verwendung der Agitationen aus. Bei der Abstimmung wird der Antrag Pfrofel abgelehnt und der Antrag des Hrn. Frauf zum Beschluss erhoben, wonach seitens der Bezirksvertretungen in dieser Angelegenheit Gutachten eingeholen seien und der Bürgermeister ersucht wird, der Regierung das Nachsuchen gegenüber der Statthalterei Ausdruck zu verleihen, dass es viel Agitatoren zu verleihen seien, als auf Grund des Gesetzes, wonach auf 10.000 Einwohner ein Agitator zu anstellen habe, der numerischen Anzahl der Bevölkerung in den einzelnen Bezirken entsprechen.

(Berlinien.) Der Stadtbauamt hat dem Magistrate das Berlinienprojekt für den Neubau der Fürsorgeanstalt zur Begutachtung in Bezirk Favoriten vorgelegt. In der nächsten Woche findet die Localcommission statt.

(Die Fürsorgeanstalt Wien) an der kais. Lehrerbildungsanstalt in Wien wird ausland. ausschließlich deutsche Lehrer, welche als Gratisschüler Gratisgarten. Sie in der Fasanerie-Bildungsanstalt (Landstraße) gelegen, an Anstalt Wiesen von einer zugleich Bergen umgeben und bei Frohnau an Wetter liegt der Schulgarten durch die ausschließlich Zweckmäßige Zweckmäßigkeit ganz bedeutend. Der Ackerbau Landschaftsrat hat Stelle unterzunehmen, damit diese Abteilung geschaffen werde.

(Neue Landwehr Kavallerie Kasernen.) Die Stadt Floridsdorf, eine alte Cavallerie stadt, gibt für das dortige Landwehr Schwadronen Regiment eine 110 Meter lange 2 Stock hohe Kaserne, welche die Schwadronen, die Gemeinschaftsräume, Zeughäuser, Ställe, Reitplatz etc. enthalten soll. Die Bauverhältnisse sind schon abgeschlossen worden.

(Der Verein der Wiener Freisinnigen) hält am Samstag den 10. d. M. halb 8 Uhr abends im Saunerhalle 6. Bez. Mariahilferstraße 1a eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1.) Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses und seine Aufgaben; 2.) Die Verhältnisse des Antisemitismus in Wien; 3.) politische und communale Tagesfragen.